

Ukraine: Wie die Rechtsextremen mit Unterstützung der NATO den Frieden blockieren

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Aaron Maté (AM): Willkommen bei Pushback. Ich bin Aaron Maté. Zu Gast bei mir ist Nicolai Petro. Er ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Rhode Island und Autor des neuen Buches "The Tragedy of Ukraine: What Classical Greek Tragedy Can Teach Us About Conflict Resolution". Nicolai Petro, schön, Sie hier begrüßen zu dürfen.

Nicolai Petro (NP): Schön hier zu sein.

AM: Bevor wir uns dem Buch zuwenden, möchte ich Sie um Ihre Meinung zur derzeitigen Lage im Ukraine-Krieg bitten. Wo stehen wir heute und wie wird es Ihrer Meinung nach weitergehen?

NP: Es scheint, als würde sich die Angelegenheit noch weiter hinauszögern. Natürlich könnte das auch die Verhandlungsposition der beteiligten Seiten sein. Ich habe mich nie auf die Erfolge und Misserfolge auf dem Schlachtfeld konzentriert, sondern habe vielmehr nach den Ursachen dieses Konflikts und nach Möglichkeiten einer langfristigen Lösung gesucht, die zu dem führt, was ich soziale Harmonie nenne.

AM: Das macht Ihr Buch wohl so einzigartig, denn Sie haben... Zunächst einmal haben Sie Zugang zu ukrainischen Quellen, über die wir in den NATO-Staaten sonst keine Informationen erhalten. Außerdem betrachten Sie diesen Konflikt nicht so sehr als internationalen Konflikt, bei dem Faktoren wie die NATO-Erweiterung im Mittelpunkt des Interesses stehen. Sie befassen sich eher mit den internen Dynamiken und damit, dass der Krieg in der Ukraine ein Ergebnis eines ungelösten internen Konflikts ist, der schon seit langem andauert. Für Menschen, die mit dieser Denkweise nicht vertraut sind oder die eher die Argumente über die NATO-Erweiterung und den US-Russland-Konflikt kennen, erläutern

Sie bitte, wie Sie den internen Konflikt in der Ukraine einordnen und wie dieser zu der heutigen Krise geführt hat.

NP: Ich sehe den Konflikt als vielschichtig an. Mit anderen Worten, es gibt russische Aggression und einen Kampf zwischen den NATO-Staaten und Russland um die Kontrolle über die Ukraine, wie Sie es richtig formuliert haben. Darüber liegt jedoch ein tief verwurzelter und lang anhaltender interner Konflikt, der meiner Ansicht nach ein Kampf in Bezug auf das Recht ist, über die Bedeutung ukrainischer Identität zu bestimmen. Und dieser Konflikt dauert, wie ich unter Bezugnahme auf historische Quellen darlege, seit mindestens 150 Jahren an. Sie können diese Debatte zwischen den galizischen oder west-ukrainischen Intellektuellen und den intellektuellen Eliten der Mala Rus oder der Ost- und Südukraine verfolgen. Beide haben sehr unterschiedliche Definitionen dessen, was es bedeutet, Ukrainer zu sein. Und sie waren nicht in der Lage, einen Weg zu finden, sich auf eine Weise miteinander zu einigen, die das Entstehen einer nationalen bürgerlichen Identität und die Einigung des Landes ermöglichen würde. Und ich komme immer wieder auf diese interne Debatte zurück, weil sie für mich die wichtigste ist. Ich behaupte, sie sei die wichtigste, bedeutender als die Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine und die zwischen dem Westen und Russland um die Ukraine, denn wenn die Ukrainer in ihrer Identität geeint wären, gäbe es nicht all diese äußeren Kräfte, die sie auseinanderdrängen könnten. Sie würden einfach sagen: "Wir wissen, wer wir sind, wir brauchen keine Hilfe. Wir haben eine Entscheidung getroffen." Aber momentan richtet sich jede dieser Gruppierungen an externe Kräfte, die das Land nur zu gerne auseinanderbringen. Und die Leidtragenden sind die Normalbürger.

AM: In Bezug auf das, was Sie als galizisch in der Ukraine bezeichnen, handelt es sich um die ukrainische Identität, die im Westen angesiedelt ist und historisch mit der rechten Bewegung, der Bewegung von Stepan Bandera, dem Nazi-Kollaborateur, verbunden ist. Erzählen Sie uns, wie Sie die ethnisch-russische Komponente der Ukraine einschätzen und wie diese zur heutigen Krise beigetragen hat.

NP: Historisch gesehen, d. h. in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, handelte es sich lediglich um das Gefühl, dass die Menschen in den anderen Teilen der Ukraine, außerhalb der vier westlichsten Regionen, den Wert der ukrainischen Unabhängigkeit und ihre wahre Identität schätzen lernen mussten, anstatt sich zu sehr mit Russland zu identifizieren. Die Frustration dieser nationalistischen Kräfte, denen es nach dem Ersten Weltkrieg und dann im Zweiten Weltkrieg nicht gelungen war, die nationale Unabhängigkeit zu erlangen, schlug sich im Laufe der Zeit in dem verhängnisvollen Bündnis nieder, das die Organisation der ukrainischen Nationalisten mit Nazideutschland schloss. Dies führte wiederum zu einer zunehmenden Feindseligkeit und Frustration gegenüber ihren östlichen Partnern. Infolgedessen musste sich das Land nach der Erklärung der ukrainischen Unabhängigkeit im Jahr 1991 mit dieser Identität auseinandersetzen. Leider wurde der Versuch unterlassen, einen entsprechenden Rahmen zu schaffen, in dem jede Region ihre Identität nach eigenem

Ermessen definieren konnte, die sich möglicherweise von den Maßstäben einer anderen Region unterschied, aber dennoch der Priorität einer nationalen Einheit untergeordnet werden sollte. Mit anderen Worten, eine Form der Föderation, die von einer Reihe ukrainischer Politiker befürwortet wurde, einschließlich der damaligen westukrainischen Politiker und des Führers der sehr populären Rukh-Bewegung in der Westukraine. Leider wurde dies von nationalistischen Strömungen, die in der Lokalpolitik der westlichen Regionen immer sehr präsent waren, als inakzeptabel zurückgewiesen. Seit 2014 ist dies, so würde ich sagen, die vorherrschende ideologische Matrix für die derzeitige Regierung geworden. Sowohl für Poroschenko als auch für seinen Nachfolger Selenski. Das soll nicht heißen - und ich bin sehr bemüht, das in dem Buch darzustellen -, dass ich jeden in der Regierung als Neonazi oder Faschist bezeichne. Das ist nicht richtig. Aber die extreme Rechte spielt eine übermäßige Rolle bei der Gestaltung der politischen Grenzen des nationalen Diskurses. Und das war schon vor 2014 so, wurde aber durch die russische Intervention in der Ukraine nach 2014 noch verschärft. Und natürlich ist es jetzt mehr oder weniger die Norm des politischen Diskurses. Das Problem dabei ist natürlich, dass eine große Zahl ukrainischer Bürgerinnen und Bürger sich dadurch politisch nicht beteiligen kann. Und das ist ein Problem für die Zukunft der Nation. Was machen wir mit einem Viertel bis hin zu mehr als einem Drittel der Bevölkerung? Wie sollen sie in eine moderne, pluralistische ukrainische Gesellschaft integriert werden, die den Wunsch hat, einer modernen, pluralistischen Europäischen Union beizutreten?

AM: Wie Sie in Ihrem Buch darlegen, hat nicht nur die russische Intervention zur Stärkung der rechtsextremen Kräfte in der Ukraine seit 2014 beigetragen. Die Rechtsextremen trugen maßgeblich zum Sturz von Janukowitsch im Jahr 2014 bei, der den Krieg im Donbass auslöste. Sie erhielten einen großen Teil der neuen Kabinettposten in dieser Regierung. Aber ich möchte Sie bitten, auf das Gegenargument einzugehen: Wenn man sich die Umfragen und Wahlergebnisse ansieht, schneiden die Rechtsextremen nicht sehr gut ab. Sie erhalten nur einen sehr geringen Prozentsatz der Stimmen. Wie können Rechtsextreme also so eine einflussreiche Rolle in der ukrainischen Politik spielen, wenn ihre politische Unterstützung so gering ist?

NP: Weil sie den Ton der Politik bestimmen. Sie sind die vorherrschende intellektuelle Elite. Damit meine ich nicht, dass sie das dominierende Denkmodell haben, sondern vielmehr den dominierenden ideologischen Rahmen und die Sprache der Politik. Man braucht nur die Äußerungen hoher Regierungsbeamter, des Vorsitzenden des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Herrn Danilow, führender Politiker in der Rada und hochrangiger Berater des Präsidenten, anzusehen. All dies sind wichtige Persönlichkeiten, und es ist nicht nur Selenski. Manche behaupten sogar - ich kann nicht sagen, ob das stimmt oder nicht -, dass Selenski eher ein Aushängeschild ist, eine populäre Stimme, die ein westliches Publikum erreicht. Er spielt zweifelsohne eine sehr wichtige Rolle. Aber er hat viele Mitarbeiter und eine Verwaltung unter sich, die die harte Rhetorik der extremen Rechten ganz offen und

ungeniert aufgreift. Und wie ich in meinem Buch zeige, ist es nicht schwer, diese Äußerungen bis zu hochrangigen Beamten vor acht oder mehr Jahren zurückzuverfolgen.

AM: Ich möchte Sie bitten, etwas zu beschreiben, das Sie in Ihrem Buch dokumentieren, nämlich die Rolle von Gruppen wie dem Rechten Sektor bei der Errichtung dieser Institutionen - paramilitärische Organisationen, Bataillone, Gruppen, die im Wesentlichen als Vollstrecker ihrer Agenda fungieren -, wie dies vor Ort in der Ukraine aussieht und zu einem Einfluss der Rechtsextremen auf die ukrainische Politik führt?

NP: Die parlamentarische Opposition bezieht sich auf die Partei Swoboda, die seit 2012 Vertreter im Parlament hat, und die eigentliche parlamentarische Opposition bezieht sich auf den rechten Sektor. Und Personen aus dem Umfeld von Dmytro Jarosch. Was ich durch eine sorgfältige Analyse ihrer Dokumente und öffentlichen Erklärungen zeige, sind die Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Gruppen, die weitgehend deckungsgleich sind. Mit anderen Worten, sie bilden die legalen und außergesetzlichen Teile einer nationalistischen Agenda, die nicht nur die Politik der Ukraine, sondern die gesamte ukrainische Gesellschaft nach ihren Vorstellungen umgestalten will, um einem nationalistischeren Standard zu entsprechen. Angeblich wäre dieser für die ukrainische Gesellschaft am besten geeignet. Eines der wichtigsten Kernelemente der Rechtsextremen ist ihr Antiliberalismus und das Bestreben, die Versuchungen zu ersetzen, die sie im Sozialismus auf der linken Seite und im traditionellen klassischen Liberalismus vielleicht in der Mitte sehen. Individualismus mit einem Sinn für nationale Ziele und Missionen, die das gesamte ukrainische Volk vereinen und es von allen seinen Nachbarn in Europa und Russland unterscheiden würden. Um es ganz einfach und klar zu sagen: Die Ukraine für die Ukrainer. Das ist ihr Ideal.

AM: Sie sprechen in dem Buch von Ukrainern, von denen ich noch nie etwas gehört hatte, zum Beispiel - korrigieren Sie mich, wenn ich seinen Namen falsch ausspreche - Sergei Sivoko, ein alter Freund von Selenski und eigentlich ein ehemaliger Komödienpartner von ihm, als Selenski noch -

NP: Einer der Produzenten.

AM: Einer der Produzenten von Selenskis Fernsehsendung. Und so kommt Selenski an die Macht. Er wird auf der Grundlage des Friedens gewählt. Mehr als 70 % der Stimmen gehen an ihn. Die Hoffnung ist groß, dass der Krieg im Donbass, der 2014 nach dem von den USA unterstützten Putsch begann, beendet wird. Dass Selenski für Frieden sorgen wird. Und so ernannte Selenski im Rahmen seiner Friedensbemühungen seinen Freund Sergei Sivoko, der aus dem Donbass stammt und eine Initiative für Dialog und Versöhnung vorstellte. Beschreiben Sie, was Sivoko zu tun versuchte und was ihm bei seinem Versuch, diese Friedensagenda zu verfolgen, widerfuhr.

NP: Zunächst erschien alles sehr vielversprechend, denn er sprach von der Einrichtung einer landesweiten Initiative, wie er es nannte, für Versöhnung und Einheit. Und er arbeitete von den Bürgern aus und nicht von der Spitze. Die Probleme, auf die er stieß, bestanden darin, dass er, da er selbst aus der östlichen Region, aus dem Donbass, stammt, anfang zu behaupten, dass beide Seiten ihre Annahmen überdenken müssten. Ost- und Westukrainer müssten ihre Annahmen über den jeweils anderen überprüfen und lernen, miteinander zu kommunizieren. Dabei wies er darauf hin, dass in der Vergangenheit - zumindest seit 2014, wenn nicht sogar schon früher - vor allem seit 2014 der überwiegende Diskurs der Westukrainer sei, die Menschen im Donbass verändern, sie ukrainisieren zu wollen. Dabei haben sie nicht unbedingt das Gefühl, dass sie mehr leisten müssten. Dass sie so, wie sie sind, vollkommen gute Ukrainer sind. Und so argumentierte Sivoko, dass beide Seiten von ihren ideologischen Annahmen Abstand nehmen und einen Weg zu einem gegenseitigen Verständnis der Gemeinsamkeiten finden müssten, um diese zu teilen und darauf aufzubauen. Das hat die nationalistischen Glieder sehr verärgert, die, wie Sie schon sagten, Sivoko persönlich angriffen und sein Leben bedrohten, als es zur Ankündigung einer nationalen Bewegung für diese Art von Versöhnung und Einheit kam. Daraufhin musste er sich im Grunde aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Nun war er bis Anfang dieses Jahres noch sehr mutig und öffentlich präsent. Bis vor der russischen Invasion. Seitdem war er im Grunde nicht mehr in der Lage, öffentlich zu sprechen, und ist seitdem aus der Öffentlichkeit verschwunden. Ich sehe die nationale Initiative von Sivoko in einer Reihe mit anderen, meiner Meinung nach sehr inspirierenden Beispielen für Einheit und Versöhnung nach dem Trauma des Krieges, auf die ich bereits hingewiesen habe, nämlich die Wahrheits- und Versöhnungskommissionen. Die Menschen wissen oft nicht, dass es diese Kommissionen schon seit über 50 Jahren gibt und dass sie in über 40 Ländern tätig sind. Es gibt also eine traditionsreiche Geschichte dieser Art von Organisationen, die verfeindete Gruppen zusammenbringen und eine gemeinsame Plattform erarbeiten, auf der eine neue Gesellschaft gemeinsam aufgebaut werden kann.

AM: Und es sind Stimmen wie seine - ukrainische Stimmen wie seine, von denen wir im Westen nichts erfahren. Außerdem hören wir selten etwas über das Minsker Abkommen, das Friedensabkommen von 2015 zur Beendigung dieses Krieges. Sie schreiben in Ihrem Buch viel über Minsk. Und Sie geben den Rechtsextremen in der Ukraine und deren erfolgreicher Einschüchterung der ukrainischen Regierung die Hauptschuld für das Scheitern der Umsetzung von Minsk. Ich frage mich, ob Sie die jüngsten Äußerungen von Angela Merkel, der deutschen Bundeskanzlerin, verfolgt haben, die zugeben schien, dass Minsk eigentlich nie dazu gedacht war, Frieden zu schaffen. Es war nur dazu gedacht, in ihren Worten, Zitat, "der Ukraine Zeit zu geben und diese Zeit zu nutzen, um wieder an Stärke zu gewinnen". Das ist es, was Merkel sagte. Und ihre Äußerungen wurden von vielen Kritikern als Eingeständnis interpretiert, dass es den vermittelnden Staaten von Minsk, Deutschland und Frankreich, nie ernsthaft um einen Friedensschluss zur Beendigung des Krieges im Donbass ging, sondern im Grunde nur um einen Zeitgewinn, um der Ukraine zu helfen, ihre Waffen und ihre Streitkräfte aufzubauen, um diesen Krieg heute so zu führen. Und Poroschenko, der das Minsker

Abkommen unterschrieb, äußerte sich zuvor ähnlich. Ich frage mich, was Sie über Merkels Kommentare denken. Eine andere Interpretation wäre, dass sie lediglich versucht hat, die Kriegstreiber in den NATO-Staaten zu besänftigen, die ihr den Versuch des Friedensschlusses mit den ukrainischen Rebellen vorwerfen. Doch wie haben Sie diese Äußerungen verstanden und wie sehen Sie jetzt das Scheitern von Minsk und die fehlenden Umsetzungsmöglichkeiten, die diesen Krieg verhindern könnten?

NP: Die Historie des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko ist in dieser Hinsicht eindeutiger als die von Merkel und ihren französischen Amtskollegen. Für Poroschenko handelte es sich nie um einen ernsthaften Verhandlungsrahmen. Wie ich bereits gesagt habe, billigt der Text des Dokuments den Regionalismus in der Ukraine. Die genaue Art der Regionalisierung, die den östlichen Teilen des Donbass zugestanden wäre, sollte im Rahmen des Minsker Prozesses ausgehandelt werden. Aber das Konzept der Regionalisierung war, sagen wir es mal so, den Nationalisten, dem nationalistischen Diskurs in der Ukraine zuwider. Für sie war das also ein Ausschlusskriterium. Und Poroschenko erkannte dies, glaube ich, sehr schnell und ging folglich zu einer vollständigen Ablehnung von Minsk über. Gleichzeitig wurden die Streitkräfte so schnell wie möglich aufgerüstet. Was Merkel betrifft, so glaube ich, dass sie und ihre befreundeten Kollegen und die Vereinigten Staaten bis zum Schluss, bis Anfang 2022, wirklich eine zweigleisige Politik verfolgt haben. Wenn die Ukraine also zu einer Verhandlungslösung bereit gewesen wäre, hätten sie sich damals wahrscheinlich darauf eingelassen. Und so interpretiere ich alle Ergänzungen, die zu den Minsker Vereinbarungen gemacht wurden, die verschiedenen Vorschläge von Steinmeier und anderen. Und die gehe ich sehr detailliert vor. Diese Personen sind mir suspekt, weil sie mit den Namen von hochrangigen Diplomaten und Präsidenten verbunden sind. Ich denke, es waren gutgläubige Bemühungen, die Feindseligkeiten zu beenden, zumindest einen Waffenstillstand zu erreichen, von dem aus weitere Verhandlungen geführt werden könnten. Aber im Westen wurde gleichzeitig eine andere Richtung eingeschlagen, und ich verbinde dies am deutlichsten mit den Bemühungen der Vereinigten Staaten und des Botschafters Kurt Volker, der die Minsker Abkommen im Grunde wie Poroschenko als Fehlschlag abtat und einen totalen ukrainischen Sieg über Russland unterstützte, nämlich eine Rückeroberung des Donbass und der Krim, wenn nötig mit militärischen Mitteln. Und hier zeigt sich meiner Meinung nach eine interessante Dichotomie im Minsker Prozess, die wir auch jetzt erleben. Nämlich zwischen denjenigen, die im Westen sagen, der Sieg bedeutet die Rückeroberung des gesamten ukrainischen Territoriums, einschließlich der Krim, und denjenigen, die meinen, man solle realistisch sein. Die Krim wird nicht von der Ukraine zurückerobert. Und sie wollen auch nicht unbedingt Teil der Ukraine sein. Wir könnten sie jedoch als Druckmittel benutzen, um Russland zur Hergabe des größten Teils oder vielleicht sogar des gesamten übrigen ukrainischen Territoriums zu bewegen, indem wir die Krim aufgrund ihrer besonderen Geschichte zugestehen. Aufgrund ihrer Vergangenheit zwischen der Ukraine und Russland. Ich denke also, dass diese Dichotomie sowohl damals bestand als auch heute.

AM: Sie erwähnten Kurt Volker, den ehemaligen US-Beauftragten für die Ukraine. In Ihrem Buch gibt es ein großartiges Zitat von ihm, ein sehr treffendes Zitat, das wirklich die vorherrschende Haltung der USA gegenüber Russland zusammenfasst, insbesondere in der Ukraine, wo Volker über das Gipfeltreffen zwischen Biden und Putin im Juni 2021 schreibt. Das einzige Treffen von Angesicht zu Angesicht während Bidens Präsidentschaft. Und Volker schreibt Folgendes. Er sagt, Zitat: "Jedes Ergebnis, das oberflächlich betrachtet beruhigend und wohlwollend erscheint, wirkt sich in Wirklichkeit zu Putins Gunsten aus." Und Volker fährt fort zu erklären, dass, Zitat: "Das bestmögliche Ergebnis ist, dass es überhaupt keine Vereinbarungen gibt." Kurz gesagt, wie Volker es ausdrückt, Zitat: "Erfolg ist Konfrontation." Laut dem ehemaligen US-Gesandten für die Ukraine, der übrigens auch für eine Gruppe arbeitete, die Lobbyarbeit für den Waffenhersteller Raytheon leistete, der vom Ukraine-Krieg reichlich profitierte, ist Erfolg also Konfrontation. Und meiner Meinung nach ist das eine gute Beschreibung für das Leitmotiv der US-Politik gegenüber Russland, insbesondere wenn es um den Ukraine-Krieg geht.

NP: Eine wahrhaft orwellsche Aussage, wenn es je eine gegeben hat, nicht wahr?

AM: Ja.

NP: Dem ist im Moment nicht viel hinzuzufügen. Krieg ist Frieden. Feindseligkeit bedeutet Freundschaft.

AM: Lassen Sie mich Ihnen weitere Fragen zu Minsk stellen. Die ukrainische Regierung beklagt, dass Minsk unter Zwang und unter sehr schwierigen Bedingungen für die Ukraine vereinbart wurde. Sie war den von Russland unterstützten Rebellen im Osten waffentechnisch unterlegen. Daher war diese Vereinbarung für sie von Nachteil, aber sie hatte keine andere Wahl. Und so musste Minsk neu verhandelt werden. Hat die ukrainische Regierung Ihrer Meinung nach ernsthafte Anstrengungen zur Neuverhandlung von Minsk unternommen und versucht, eine für ihre Interessen besser geeignete Kompromisslösung zu finden?

NP: Ich berichtete ausführlich über das Gesetz, das verabschiedet wurde. Ich weiß nicht mehr genau, welches Jahr es war, aber es gab ein sehr wichtiges Gesetz, als die Minsker Vereinbarungen zum ersten Mal zur Verlängerung anstanden. Denn alle Fristen für die Umsetzung des Abkommens im Jahr 2014 waren abgelaufen. Und bei dem Versuch, im ukrainischen Parlament genügend Unterstützung für eine Verlängerung der Minsker Abkommen in ihrer ursprünglichen Form zu gewinnen, musste ein Gesetz verabschiedet werden, das die Parameter für die Wiedereingliederung des Donbass in die Ukraine festlegte. Und sie leugneten im Grunde die in diesem Gesetz enthaltene grundlegende Prämisse der Minsker Abkommen, das Abkommen von Minsk II, nämlich die regionale Autonomie im Austausch gegen die Unterordnung unter die ukrainische Souveränität. Es mussten also bestimmte lokale Rechte in der Verfassung garantiert werden, die im Wesentlichen den Bedingungen der Minsker Abkommen entsprechen, bevor die lokalen Rebellen ihre Waffen

niederlegen und den ukrainischen Streitkräften erlauben würden, die Kontrolle über die Ostgrenze wiederzuerlangen. Indem die ukrainische Regierung verlangte, dass die Grenzkontrolle übertragen wird, bevor lokale Rechte garantiert werden, stellte sie mit diesem Gesetz den Prozess der Minsker Abkommen infrage, sodass im selben Rahmen im Grunde kein Kompromiss mehr möglich war, da sie nach ukrainischem Recht praktisch illegal geworden waren. Darauf wurde von den westlichen Gesprächspartnern nie ausreichend hingewiesen, und ich bin mir nicht sicher, ob es 2017 oder 2018 war, ich glaube, es war 2017, als das Gesetz verabschiedet wurde. Danach wurden die Verhandlungen im Wesentlichen sinnlos, weil beide Seiten grundlegend gegensätzliche Auffassungen über den Ablauf des Prozesses, der zur Beendigung des Konflikts führen sollte, hatten.

AM: Und das ist das Gesetz 7163¹.

NP: Zweifellos.

AM: Und wie Sie in Ihrem Buch anmerken, wird das Minsker Abkommen nicht einmal erwähnt.

NP: Richtig.

AM: Was ziemlich erstaunlich ist, denn Sie erreichen ein Abkommen zur Beendigung des Krieges, und verabschieden dann ein ganz neues Gesetz über all diese Gebiete.

NP: Ja. Dies war das erste einer Reihe von Gesetzen, die im Laufe der Zeit gegenüber den Bewohnern der Ostukraine und der Krim immer restriktiver geworden sind. Sie weisen darauf hin, dass sie Prozesse der Umerziehung und Filtration durchlaufen müssen, bevor sie in der Ukraine anerkannt werden können - nachdem die Gebiete wieder in die Ukraine eingegliedert wurden, bevor sie die vollen Staatsbürgerrechte in der Ukraine erhalten können. Dies war also das erste einer Reihe von Gesetzen, die als Gesetze zur Wiedereingliederung dieser vorübergehend abgetrennten Gebiete bezeichnet wurden.

AM: Was sagen Sie zu den Behauptungen von Befürwortern der ukrainischen Regierung und vielen Experten hier in den USA, dass die Rebellion im östlichen Donbass im Grunde nichts anderes als russische Vertreter sind, dass sie eine Schöpfung Russlands seien und dass sie nicht wirklich lokale Einstellungen und Überzeugungen widerspiegeln. Im Grunde seien sie nur Marionetten Russlands. Und das ist bereits seit 2014 der Problemfall.

NP: Eine derartige Interpretation beruht auf der Unkenntnis der lokalen Geschichte, denn wie ich betone - und ich bin sicher nicht der Einzige, der darüber schreibt - gibt es tatsächlich eine

¹ Draft Law #7163 "On Peculiarities of the State Policy on Provision of the State Sovereignty of Ukraine upon Temporary Occupied Territories in Donetsk and Luhansk regions"

Handvoll westlicher Historiker, die sich auf die Geschichte des Donbass spezialisiert haben, und ich habe ihre Arbeit in meinem Buch erwähnt. Ich stütze mich auf ihre Arbeit. Diese Regionen haben im Kontext der Ukraine immer eine eigene Identität gehabt. Man kann nicht behaupten, sie wollten ein Teil Russlands sein. Was sie wollten, war die Anerkennung ihrer eigenen regionalen Autonomie, die sich deutlich von der Art der ukrainischen Identität unterscheidet, besonders der in der westlichen Ukraine vorherrschenden. Diese Identität war nicht ihre. Sie hatten ihre eigene, unverwechselbare ostukrainische Identität, aber sie sahen sich auch nicht vollständig als Teil eines größeren Russlands. Sie wollten ihre lokale Autonomie bewahren. Und ein Teil dieser persönlichen Tragödie ist, dass es in der modernen postsowjetischen Ukraine keinen Platz für sie gab. Und auch ihr Schicksal innerhalb Russlands ist unklar, weil es im modernen Russland ebenfalls wenig Regionalismus gibt. Zumindest nicht für Regionen, die ethnisch dem Standard der großen russischen Identität so ähnlich sind. Es war also wirklich sehr schwierig und bedauerlich für sie. Ich nenne diese Gruppe "die anderen Ukrainer", über die wir nicht viel sprechen. Und ich widme in meinem Buch ihrer Geschichte ziemlich viel Aufmerksamkeit, nicht so sehr ihrer kulturellen Identität, die sich vom ukrainischen Standard unterscheidet, sondern vor allem ihrem politischen Dissens und ihrem Streben nach Autonomie von der Verwaltung in Kiew. Und das schon seit 1992.

AM: Sie erwähnten, dass diese Ostukrainer nicht unbedingt ein Teil Russlands sein wollten. Sie wünschten sich ihre eigene Kultur. Ja, Respekt. Könnte man behaupten, dass Russland sie nicht zwangsläufig integrieren wollte?

NP: Ich halte das für berechtigt, denn sie waren eindeutig der Zankapfel. Als die Kämpfe begannen - ich kann nicht sagen, wie beliebt die politische Führung in diesen Regionen war. Ich bezweifle, dass irgendeine Partei während des Krieges Umfragen durchgeführt hat. Aber die damalige Führung und diejenigen, die als politische Entscheidungsträger in diesem Gebiet anerkannt sind, mussten sich natürlich um des Überlebens ihrer Region willen mehr und mehr mit Russland verbünden, da sie gegen das kämpften, was sie als Putsch in Kiew im Jahr 2014 betrachteten. Inzwischen so sehr, dass sie de facto in Russland absorbiert worden sind. Und das ist eine Tatsache. Ich möchte darauf hinweisen, dass sie acht Jahre für diesen Prozess gebraucht haben. Es war ein langer Trennungsprozess zwischen dem Donbass und der Ukraine. Und sie war so schmerzhaft und verheerend für sie, dass ich mir nur schwer vorstellen kann, wie sie jemals wieder in die Ukraine integriert werden können, außer als Untergebene und nicht als vollwertige Bürger.

AM: Wie schätzen Sie die Zukunftsaussichten des ukrainischen Staates ein? Glauben Sie, dass es den Staat, wie wir ihn kennen, jemals wieder geben wird?

NP: Er existiert heute. Meiner Meinung nach wird es die Ukraine in absehbarer Zeit auch weiterhin geben. Ich kenne die Absichten Russlands, die Absichten der russischen Regierung in Bezug auf die Ukraine nicht. Wenn ich auf der Grundlage der historischen Ereignisse

zwischen 1991 und Anfang 2022 eine Vermutung anstellen sollte, würde ich sagen, dass Russland die Legitimität einer unabhängigen Ukraine anerkennt, aber möchte, dass die Ukraine innenpolitisch eine andere Ausrichtung aufweist und neutral ist. Die beiden Ziele, von denen Putin seit langem spricht, sind also politischer und kultureller Pluralismus in der Ukraine, d. h. Menschen russischer Abstammung, auch wenn sie die ukrainische Staatsangehörigkeit besitzen, sollen ihre eigene Sprache sprechen, ihre eigene Religion haben und im Wesentlichen die politische Führung in ihren Regionen übernehmen. Das ist im Grunde eine Form der kulturellen und politischen Autonomie. Und für die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine bevorzugen sie die Neutralität, die in der ukrainischen Verfassung verankert war, bis sie vor kurzem geändert wurde. Und als diese beiden Grundsätze von der politischen Führung der Ukraine aufgegeben wurden, eskalierten die Spannungen rasch.

AM: Nicolai Petro, Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Rhode Island, Autor des neuen Buches "The Tragedy of Ukraine: What Classical Greek Tragedy Can Teach Us About Conflict Resolution". Ich danke Ihnen vielmals.

NP: Vielen Dank.

ENDE